



EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU SÜDAFRIKA

9. Interparlamentarisches Treffen

Europäisches Parlament - Südafrikanisches Parlament

Kapstadt

19. – 25. Februar 2007

Bericht von Lapo Pistelli, Vorsitzender der Delegation, im Namen des

*Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame
Sicherheit und Verteidigungspolitik*

Entwicklungsausschuss

A. Vorbemerkung

Das 9. Interparlamentarische Treffen in Kapstadt fand nur sechs Monate nach dem Besuch einer Delegation südafrikanischer Parlamentarier unter der Leitung von O. K. BAPELA (ANC), Vorsitzender des Unterhauses in der Nationalversammlung, in Straßburg im Juni 2006 statt. Die nun wieder gegebene Häufigkeit der Kontakte unterstreicht die Bedeutung, die beide Partner der Wiederbelebung des parlamentarischen Dialogs und der Intensität des Austausches von Parlamentariern beimessen.

Während des Besuchs, bei dem es insbesondere um wissenschaftliche und technische Projekte, Energie sowie um Aspekte des Gesundheitswesens ging, wurde das Europäische Parlament von einer siebenköpfigen Delegation unter dem Vorsitz von Lapo PISTELLI (LIBE) vertreten. Der Zeitpunkt des Besuchs war entscheidend, da er mit der Rede der Regierung zur Haushaltslage im Plenum des südafrikanischen Parlaments in Kapstadt zusammenfiel – einem wichtigen Ereignis in der südafrikanischen Politik, das gleich hinter der Rede zur Lage der Nation rangiert. Die Delegation nahm also an der Sitzung, in der die Haushaltsrede verlesen wurde, teil. Die Begrüßung erfolgte durch Finanzminister Trevor Manuel.

Insgesamt nahmen die Mitglieder des Europäischen Parlaments in den sechs Tagen, die sie in Kapstadt verbrachten, an mehr als 25 Sitzungen mit Amtskollegen, Regierungsministern, Botschaftern der EU sowie Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, von Forschungszentren und der Zivilgesellschaft teil. Es sollte erwähnt werden, dass es am Rande der offiziellen Sitzungen zu Zusammenkünften mit Vertretern beider Fraktionen der simbabwischen Partei MDC (Movement for Democratic Change) kam, zu denen auch Mitglieder des simbabwischen Parlaments zählten – eine Gelegenheit, die sich für die Vertreter des Europäischen Parlaments als äußerst wertvoll erwies, um ein besseres Verständnis von der Lage in dem Land zu erlangen, insbesondere da das Vorgehen Südafrikas zur Entspannung der Krise während des interparlamentarischen Treffens ausgiebig erörtert wurde.

Die Delegation des Europäischen Parlaments führte Gespräche mit folgenden Regierungsvertretern:

- Dr. Rob Davies, stellvertretender Minister für Handel und Industrie,
- Aziz Pahad, stellvertretender Außenminister,
- Buyelwa Patience Sonjica, Ministerin für Mineralien und Energie,
- Mosibudi Mangena, Minister für Wissenschaft und Technik,
- Nozizwe Madlala-Routledge, stellvertretende Gesundheitsministerin.

Infolge des interparlamentarischen Treffens vereinbarten die Mitglieder des südafrikanischen Parlaments und die Mitglieder des Europäischen Parlaments, sich für die Schaffung eines Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Europäische Union – Republik Südafrika einzusetzen und nahmen einstimmig eine entsprechende Schlusserklärung (ANHANG I) an.

Die Vertreter beider Parlamente betonten unter Hinweis auf Artikel 97 Absatz 4 des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits (TDCA), in dem es heißt, dass die Vertragsparteien übereinkommen, regelmäßige Kontakte zwischen ihren Parlamenten zu den verschiedenen unter das Abkommen fallenden Bereichen der Zusammenarbeit zu fördern und zu erleichtern, dass die Schaffung eines Gemischten Parlamentarischen Ausschusses die Konsultationen zu nationalen, regionalen und internationalen Angelegenheiten und deren Koordinierung verbessern könnte.

In der Tat ist eine solche formelle Dimension derzeit im Rahmen des TDCA nicht gegeben, obwohl sie im Regelfall Gegenstand der von der EU geschlossenen Kooperationsabkommen ist. Mit einem Gemischten Parlamentarischen Ausschuss wäre außerdem für die erforderliche demokratische Kontrolle der Arbeit des Kooperationsrats, der auf der Grundlage von Artikel 97 des TDCA bereits eingesetzt wurde, gesorgt; außerdem könnte er dem Kooperationsrat Empfehlungen erteilen.

B. Zur Lage in Südafrika

Seit den ersten Wahlen vom April 1994 hat sich die Demokratie deutlich gefestigt. Die Verfassung wurde im Februar 1997 angenommen, und die Wahlen von 1999, an denen 80 politische Parteien teilnahmen, sorgten für eine zweite Amtszeit des African National Congress (ANC), diesmal unter der Führung von Thabo Mbeki, der unter Nelson Mandela Vizepräsident gewesen war.

Am 14. April 2004 fanden erneut Parlamentswahlen statt, bei denen der ANC (wiederum unter der Führung von Präsident Mbeki) die anderen Parteien vernichtend schlug. Es gelang dem ANC, zwei Drittel der Stimmen zu erringen. Ausgedrückt als Anteil der von den registrierten Wählern insgesamt abgegebenen Stimmen lag die Wahlbeteiligung bei 76,7 %. Die Wahlen wurden als im Großen und Ganzen frei und gerecht erachtet, und es gab nur einige vereinzelte Fälle von Einschüchterung, jedoch nicht von Gewalt, selbst nicht in der Provinz KwaZulu-Natal, in der es in der Vergangenheit Probleme gegeben hatte.

Seit 1994 ist die Zahl der Stimmen, die für den ANC und die Oppositionsparteien abgegeben wurden, rückläufig: Die für den ANC abgegebenen Stimmen gingen von 12,2 Millionen im Jahr 1994 auf 10,9 Millionen im Jahr 2004 und die für die übrigen, im Parlament vertretenen Parteien insgesamt abgegebenen Stimmen von 7,1 Millionen im Jahr 1994 auf 4,5 Millionen im Jahr 2004 zurück. Folglich haben die Oppositionsparteien seit 1994 mehr an Boden verloren als der ANC. Allerdings gewann der ANC zwischen 1999 und 2004 277 000 Stimmen, die Democratic Alliance (DA) 404 000 Stimmen und die neue Partei Independent Democrats (ID) 270 000 Stimmen (1,7 % der insgesamt abgegebenen Stimmen). Verlierer waren die New National Party (NNP), die Inkatha Freedom Party (IFP) und die United Democratic Movement (UDM). Die DA konnten ihre Position als größte Oppositionspartei festigen; sie erhielt 12,4 % der abgegebenen Stimmen im Vergleich zu 9,6 % im Jahr 1999. Die IFP verlor an Boden – sie erhielt 7 % der abgegebenen Stimmen im Vergleich zu 8,6 % im Jahr 1999, während die New National Party (NNP), die Nachfolgerin der Nationalen Partei, die Südafrika 46 Jahre lang, nämlich von 1948 bis 1994, regierte, fast bedeutungslos wurde: Sie erhielt nur noch 1,7 % der abgegebenen Stimmen im Vergleich zu 6,9 % im Jahr 1999.

Trotz der prognostizierten Wahlmüdigkeit und trotz der Tatsache, dass der ANC die zuvor erteilten Wahlversprechen nicht verwirklichte und die Korruption in der Regierung offenbar zunimmt, ging der ANC aus den Kommunalwahlen vom 23. Februar 2006 mit absoluter Mehrheit als Sieger hervor: Auf ihn entfielen 66,34 % der abgegebenen Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde die DA mit 14,77 % der abgegebenen Stimmen, gefolgt von der IFP mit 8,05 % und den ID mit nur 2,02 %. Dieses Ergebnis verschaffte dem ANC eine absolute Mehrheit in 223 Räten und fünf Stadträten. Hingegen lag die DA in einem weiteren Stadtrat (Kapstadt) mit

knapper Mehrheit vor dem ANC. Allerdings gelang es der DA nicht, die absolute Mehrheit zu erlangen, sodass sie auf die Unterstützung der kleinen Parteien angewiesen ist, die im 210 Mitglieder zählenden Stadtrat von Kapstadt Sitze errangen.

Zur internationalen Rolle Südafrikas

Auf regionaler Ebene spielt Südafrika eine wichtige Rolle bei der Suche nach Lösungen für die verschiedenen Konflikte in der Region der Großen Afrikanischen Seen sowie im Kongo und in Angola.

Nigeria, Senegal und Südafrika sind diejenigen Länder, die in der neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (New Partnership for African Development, **NEPAD**) am stärksten engagiert sind; es handelt sich hierbei um das ehrgeizige Vorhaben, in Afrika mittels Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung für Entwicklung zu sorgen. Ferner ist Südafrika Vollmitglied in der Südafrikanischen Zollunion (South African Customs Union, **SACU**) und aktives Mitglied in der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community, **SADC**), hat einen Sonderstatus im Rahmen des Abkommens von Cotonou und ist Sitz des kürzlich geschaffenen Panafrikanischen Parlaments. Südafrika ist nicht direkt an den Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) beteiligt, berät und unterstützt jedoch diejenigen Länder der SADC, die es sind.

In Anerkennung der Rolle, die Südafrika auf dem Kontinent spielt, wurde ihm im Jahr 2002 die erste Vorsitzperiode in der Afrikanischen Union übertragen und im Jahr 2004 zum Sitz des Panafrikanischen Parlaments gewählt. Die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ist inzwischen zum offiziellen sozioökonomischen Programm der Afrikanischen Union geworden.

Zu den Beziehungen mit der Europäischen Union

Die EU ist Südafrikas wichtigster strategischer Partner. Auf den Handel mit der EU entfallen mehr als 40 % des gesamten Handels Südafrikas. Die politischen Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten sind gefestigt und stammen aus der Zeit, in der die EU den Kampf gegen die Apartheid mit voller Kraft unterstützte.

Diese strategische Partnerschaft spiegelt sich in dem **Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits** (TDCA) wider, das Bestimmungen über eine Freihandelszone, Finanzhilfe, Entwicklungszusammenarbeit, die Beilegung von Handelsstreitigkeiten, wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im kulturellen und sozialen Bereich und den politischen Dialog beinhaltet. Das TDCA trat am 1. Mai 2004 in Kraft, wenn auch einige Kapitel bereits seit 1. Januar 2000 vorläufig angewendet wurden.

Das TDCA weist eine starke regionale Komponente auf, damit es nicht nur der Republik Südafrika, sondern der gesamten südlichen Region Afrikas zugute kommt. Für Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland (die so genannten BLNS-Staaten) dürften diejenigen Bestimmungen des TDCA, in denen es um die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der

Europäischen Union und der Republik Südafrika geht, von besonderem Belang sein, da diese Länder neben Südafrika zur Südafrikanischen Zollunion (SACU) gehören. Im Rahmen des TDCA wurde ferner ein **Kooperationsrat zwischen der EU und Südafrika** eingesetzt, der für das reibungslose Funktionieren und die ordnungsgemäße Anwendung des TDCA sowie für regelmäßige Kontakte unter den Parteien des Abkommens sorgen soll.

Obwohl Südafrika Partei des Abkommens von Cotonou ist, profitiert es nicht von dessen Finanzierungsinstrumenten bzw. dessen präferenziellen Handelsregelungen. Die EU leistet **Entwicklungshilfe** im Rahmen des Europäischen Programms für Wiederaufbau und Entwicklung. Ferner besteht zwischen Südafrika und der Europäischen Investitionsbank ein Finanzierungsvertrag, sodass die EU die größte Geberin zugunsten Südafrikas ist; diese Unterstützung entspricht 1,5 % des Jahreshaushalts der Republik Südafrika.

C. Das Interparlamentarische Treffen

i. Entwicklung und Verfassung der EU

Zu Beginn der Aussprache ging es um den Stand der europäischen Integration und um deren mögliche Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Südafrika. Lapo PISTELLI erinnerte die südafrikanische Delegation an die Änderungen in der EU infolge der letzten Erweiterungen. Er verwies insbesondere auf die Einstimmigkeit, die in der EU-27 erforderlich sei, und darauf, dass die Verfassung für die EU, sofern sie denn ratifiziert worden wäre, einen reibungsloseren Prozess der Beschlussfassung ermöglicht hätte. Historisch betrachtet sei die EU gegründet worden, um drei großen Befürchtungen entgegenzutreten, nämlich der Furcht vor Hunger, der Furcht vor Krieg und der Furcht voreinander. Da diese Befürchtungen inzwischen weitgehend gegenstandslos geworden seien, sei die EU mit einem

Die Bezugnahme auf die Verfassung löste eine Debatte unter den Mitgliedern der Delegation des Europäischen Parlaments aus: Während Herr BRADBOURNE meinte, dass man Europaskepsis nicht mit einer grundsätzlich antieuropäischen Haltung gleichsetzen dürfe, äußerten andere, etwa Herr MULDER und Herr GAHLER, dass eine sachlichere Diskussion vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nützlich gewesen wäre. Viele Mitglieder der südafrikanischen Delegation (CAMERER, GIBSON, SITHOLE, MARTINS) hatten Fragen hierzu und suchten sich zu vergewissern, dass die zuvor geschlossenen Verträge trotz der nicht erfolgten Ratifizierung der Verfassung für die EU weiterhin gültig sind.

Andererseits waren viele der Meinung, dass sich aus der Debatte über die Verfassung für die EU auch Antworten für den Ausbau der Afrikanischen Union (AU) oder Parallelen hierzu ergeben könnten: Natürlich werde es viele Jahre dauern, bis die AU das sehr fortgeschrittene Stadium der EU erreiche; dennoch meinte Herr GIBSON „*unsere Arbeit wird erst dann abgeschlossen sein, wenn alle unsere Brüder in Afrika in den Genuss derselben Werte kommen*“.

echten Dilemma konfrontiert: Welches Bild solle sie sich von sich selbst machen?



Die Delegation mit Frau Mbete, Präsidentin des südafrikanischen Parlaments



Südafrikanische Parlamentarier (ANC)

ii. Handel und Landwirtschaft

In weiteren Wortmeldungen ging es um handelsbezogene Aspekte nach der zum Stillstand gekommenen Doha-Runde. Wie Herr MULDER betonte, gehe die Tendenz im Europäischen Parlament dahin, dass die EU im Bereich der Landwirtschaft Zugeständnisse machen müsse, jedoch müssten Indien, China und Brasilien auch Zugeständnisse bei den Dienstleistungen machen. Herr GAHLER fügte hinzu, dass die EU wahrscheinlich die Modalitäten der Ausfuhrerstattungen erneut prüfen müsse; sofern jedoch die Vereinigten Staaten von Amerika die eigenen Schutzmaßnahmen beibehielten, etwa das Agrargesetz (Farm Bill), wäre Südafrika nicht geholfen.

Anschließend ging es in der Aussprache um die Lissabon-Agenda, und die MdEP erinnerten an die ehrgeizigen Ziele, die damals gesetzt worden waren. Die Tatsache, dass man diese Ziele nicht erreichen werde, zeige, dass es unter den Hochschulen in der EU nicht genug Zusammenarbeit bei wissenschaftlichen Projekten gebe; sie erfänden manchmal das Rad neu und verrichteten Doppelarbeit.

iii. Energie

Eine der größten Herausforderungen für die EU bestehe in der Energieversorgung: Es herrsche Konsens darüber, dass Europa versuchen müsse, seine Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energiequellen zu verringern. Mitglieder der südafrikanischen Delegation (CAMERER, RABIE, GIBSON) verwiesen auf die Erfahrungen ihres Landes in diesem Bereich: Südafrika versuche, die Sonnenenergie voranzubringen und verfüge über schier unerschöpfliche Kohlevorräte, deren Abbau allerdings der Umwelt teuer zustehen kommen könne. Offenbar herrschte unter den Mitgliedern der südafrikanischen Delegation Einigkeit darüber, dass Südafrika zwar zunächst nicht besonders erpicht auf Kernenergie war, inzwischen jedoch ein parteipolitisch übergreifender Konsens darüber besteht, dass kein Weg daran vorbeiführt.

iv. Zur Lage in Südafrika und zu den zukünftigen Herausforderungen

Herr BAPELA (ANC) betonte, dass „*der Staatsbildungsprozess in Südafrika noch andauert*“. Obwohl man gemeinsam versuche, eine demokratische, rassistisfreie Gesellschaft zu festigen, sehe sich das Land noch den Herausforderungen des Übergangs gegenüber: Verbesserung der Lebensqualität aller Südafrikaner, aber auch Beiträge zur Bekämpfung der Armut in den subsaharischen Ländern Afrikas. Wie Herr NTULI erläuterte, konzentriert sich der ANC derzeit außerdem auf die Bekämpfung von HIV/AIDS – einem grundlegenden Problem im Land (neben Tuberkulose und Malaria). Die Regierung habe eine umfassende Strategie vorgesehen, zu der auch Informationskampagnen in Schulen sowie Maßnahmen zur Minderung der Armut zählten.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Regierung, so Herr BAPELA weiter, sei weiterhin die energische Verbrechensbekämpfung, wenn auch die Opposition argumentiere, dass die Regierung nicht genug tue. Die Verbrechensbekämpfung sei ein entscheidender Bereich, wie auch Präsident Mbeki in seiner Rede zur Lage der Nation betont habe.

Herr GIBSON (DA) ging ausführlich auf die Notwendigkeit der Verbrechensbekämpfung ein und betonte, dass jeden Tag 50 Menschen ermordet, jedoch nur 10 % der Mörder letztlich gefasst würden. Aus den statistischen Daten gehe hervor, dass es während der letzten 15 Jahre 250 000 Morde gegeben habe. Ähnliches treffe auf Vergewaltigungen zu, und direkt oder indirekt habe inzwischen jeder Südafrikaner mit dem Verbrechensproblem zu tun gehabt. Die Bevölkerung sei ganz klar der Meinung, dass die Regierung bislang nicht genug getan habe. Das Hauptproblem sei, dass sich niemand verantwortlich fühle - eine Einstellung, die offenbar immer noch vorherrsche. Dieser Meinung wurde von Herrn MARTINS nachdrücklich widersprochen. Er äußerte,

dass „*die Regierung ihre Pflicht tut*“ und dass es unter den Ausländern, die sich in Südafrika ein besseres Leben erhofften, „*auch kriminelle Elemente gibt*“.



Südafrikanische Parlamentarier (DA)

Herr SITHOLE und Herr BAPELA gehen auf dieses Thema ein und betonen Folgendes: Eine zusätzliche Schwierigkeit bestehe darin, dass die Polizeikräfte vor dem Jahr 1994 an vorderster Front des Apartheidstaates gestanden hätten; hingegen seien widerrechtliche Handlungen wie häusliche Gewalt oder Vergewaltigung völlig vernachlässigt worden, und, so fügt Frau NTULI hinzu, die statistischen Daten aus der Zeit vor 1994 erzählten einfach nur die halbe Wahrheit. Nach 1994 habe der Staat die Polizeikräfte völlig umstrukturieren müssen und, was noch schwieriger gewesen sei, er habe die Bevölkerung davon überzeugen müssen, dass der neue „Polizeidienst“ eine Institution sei, der alle Südafrikaner trauen könnten.

Dennoch, so betont Herr RABIE, „*macht sich Verbrechen im heutigen Südafrika bezahlt*“. Allerdings solle man das Problem nicht politisieren, denn es bedrohe das gesamte gesellschaftliche Gefüge.

v. Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Humanressourcen

Herr MAGAU und Herr RABIE erläutern gegenüber den MdEP, dass Südafrika aufgrund der Wirtschaftsentwicklung die letzten fünf Jahre für viele Länder nun als Beispiel gelten könne; die Wirtschaft floriere und das Wirtschaftswachstum phänomenale Werte aufweise. Daher gebe es gegenwärtig einen Mangel an Fachkräften, insbesondere in der Informationstechnologie und im Ingenieurwesen. Dies erscheine vielleicht ein wenig paradox, da es gleichzeitig eine hohe Arbeitslosigkeit gebe, überwiegend im ländlichen Raum (30 bis 40 %). Hiergegen wolle man mit zielgerichteten Maßnahmen im ländlichen Raum vorgehen, denn die Bekämpfung der Armut sei ein Schwerpunkt der Regierung. Was langfristiger angelegte Maßnahmen betreffe, so

liege die Antwort in den Bildungsmaßnahmen, mit denen man für Beschäftigungsmöglichkeiten für alle sowie für die erforderlichen Fertigkeiten sorgen wolle.

vi. Beziehungen zwischen der EU und Südafrika im Vorfeld der strategischen Partnerschaft: Beurteilung des TDCA

Auf die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Südafrika eingehend erinnerte Herr SOOKLAL, Leiter der Vertretung Südafrikas bei der EU, daran, dass sich die Überprüfung des TDCA etwas verzögert habe; jedoch könne man dies nicht getrennt von dem Prozess der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) tun – ein Punkt, dem die Europäische Kommission und das Europäische Parlament inzwischen in ihrer Entschließung vom 24.10. Rechnung getragen hätten. Des Weiteren sei das Wissenschafts- und Technologieabkommen „eines der Besten, das wir haben“, und offenbar sei man nun einer Meinung darüber, dass die Zusammenarbeit in Umweltfragen ebenfalls im Rahmen des TDCA erfolgen solle. Was Südafrika betreffe, so Botschafter SOOKLAL weiter, „ist man insgesamt der Meinung, dass das TDCA sehr gut funktioniert hat“, wenn es auch noch offene Aspekte, etwa Weine und Spirituosen, gebe. Problematisch seien im Wesentlichen die Bereiche, in denen es um die Implementierung der Kapazität gehe.

Für Südafrika sei jedoch der Zusammenhang zwischen dem TDCA und der angebotenen strategischen Partnerschaft klar: Der TDCA bleibe das rechtsverbindliche Instrument, während die strategische Partnerschaft als „übergreifend konzipiertes Dach“ gesehen werde, unter dem der Schritt vom politischen Dialog hin zur politischen Zusammenarbeit möglich werde. Südafrika strebe regelmäßige Gipfeltreffen mit der EU an, wenn auch „der umfassende Rahmen noch vereinbart werden muss“. Für Südafrika sei es vorrangig, sich für die Interessen des gesamten Kontinents und nicht nur für die eng gefassten nationalen Interessen einzusetzen, damit im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Südafrika auch die Strategie der EU für Afrika unterstützt werden könne. In der Tat begrüße man die drei regionalen Strategien der EU für Afrika, da man in Südafrika der Meinung sei, dass die AKP-Staaten „sich an zu vielen Fronten verfangen haben“ und „ihre Zielrichtung aus den Augen verloren haben“.



Zweiter Tag der Sitzungen mit den Vertretern des südafrikanischen Parlaments

Etwas ganz anderes sprach Herr SITHOLE an – er warnte vor einer möglichen „Duplizierung“ und fragte sich, welche Zukunft das Abkommen mit den AKP-Staaten haben werde, wenn es nun darum gehe, die WPA auszubauen. Man frage sich auch, welche Bedeutung der Paritätischen Versammlung AKP-EU vor diesem Hintergrund noch haben werde. Botschafter SOOKLAL und andere Mitglieder erinnerten jedoch daran, dass den meisten Bedenken Südafrikas im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments Rechnung getragen worden sei. Andererseits müsse man die Belange der am wenigsten entwickelten Länder

berücksichtigen, die zur südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) gehörten bzw. mit denen ein WPA

geschlossen worden sei, wenn das Kapitel des TDCA, in dem es um den Handel gehe, überprüft werde.

Botschafter BRIET, Leiter der EU-Delegation in Südafrika, betont, dass die WTO-Regelungen in ihrer geltenden Form im Jahr 2007 auslaufen werden – eine Verlängerung sei ohne Handelszugeständnisse undenkbar. Außerdem gebe es das Problem der überlappenden Mitgliedschaften, was die regionale Kooperation betreffe: Das Problem „*muss hier gelöst werden, nicht in Brüssel, da dies in die Zuständigkeit der SADC fällt*“.

Herr PISTELLI, Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments, betont zusammenfassend, dass Südafrika derzeit eine wichtige Rolle in den subsaharischen Ländern Afrikas spiele und ein wichtiger Akteur innerhalb der Afrikanischen Union sei: Südafrikas bedeutender Beitrag zur Festigung der Demokratie und zur Krisenbewältigung werde vom Europäischen Parlament und der EU anerkannt. Es sei genau dieses gegenseitige Vertrauen, das es beiden Partnern unter dem Dach der strategischen Partnerschaft erlauben dürfe, alle Aspekte der Außenpolitik zu erörtern – auch diejenigen, bei denen es unterschiedliche Ansätze gebe.

vii. Regionale Themen

Herr MARTINS betont, dass Südafrika „*seine Verantwortlichkeiten in der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ernst nimmt*“ und „*sich der Notwendigkeit bewusst ist, den Partnern der südafrikanischen Zollunion (SACU) den Rücken zu stärken*“. Die Abwanderung aus den der SACU angehörenden Ländern solle separat nach jeweiligem Grund untersucht werden, d. h. man müsse ermitteln, ob sie wirtschaftlich oder politisch motiviert sei. Was beispielsweise die Wirtschaftsmigranten betreffe, so Herr MARTINS, versuche die südafrikanische Regierung derzeit auch, die Dinge einfacher zu gestalten, indem sie diesen Visa mit einer Gültigkeitsdauer von 30 Tagen ausstelle, sodass sie mit ihren Waren Handel treiben könnten.



Herr PISTELLI und Herr BAPELA führen den Vorsitz

Wie Herr BAPELA erläuterte, sei Südafrika aufgrund seiner einzigartigen Erfahrungen bei der Bewältigung der Herausforderungen während der Übergangsphase von Konflikt

zum Frieden in die Region der Großen Afrikanischen Seen gerufen worden. Im Südsudan könne man die Dinge einigermaßen optimistisch sehen, denn es gebe keine operativen Probleme für die 10 000 Mann starken Kräfte, die dort eingesetzt seien. Hingegen betonten die MdEP und Herr PISTELLI, dass die Krise in Darfur von der Völkergemeinschaft sehr ernst genommen werden müsse, diese sich jedoch noch recht still verhalte. Es handle sich hierbei um „*den ersten Konflikt des 21. Jahrhunderts*“.

In der Republik Côte d'Ivoire würden die Wahlen leider immer wieder verschoben, jedoch untergrabe die Art und Weise, in der Frankreich die Krise handhabe, die Versuche, die von der Afrikanischen Union diesbezüglich unternommen würden. In Somalia, so Herr BAPELA weiter, habe es seit 15 Jahren keine gewählte Regierung mehr gegeben. Derzeit bereite die Art und Weise, in der sich die USA wieder einmischten, Sorge. Allerdings seien die Kapazitäten Südafrikas bereits über die Maßen in Anspruch genommen. Daher werde Südafrika zwar logistische Unterstützung leisten, aber keine Friedenssicherungskräfte entsenden.

...unter anderem Simbabwe betreffend

In Bezug auf die Lage in Simbabwe räumte Herr BAPELA ein, dass „unsere Vorgehensweise anders ist“, da Südafrika „Verhandlungen mit allen Beteiligten führt“; bedauerlicherweise sei jedoch die Opposition gespalten. Die MdEP, die sich hierzu zu Wort meldeten (MULDER, PISTELLI), erläuterten, dass man dennoch in dieser Phase den „*völligen Zusammenbruch des Landes*“ befürchten müsse. Die MdEP stellten die von Südafrika geförderte Vorgehensweise der stillen Diplomatie in Frage, fragten sich aber auch, wie man der Opposition am besten helfen könnte, eine echte Alternative zum Mugabe-Regime zu schaffen.

Herr SITHOLE meinte, dass leise Diplomatie nicht dasselbe wie stille Diplomatie sei. Auch wenn der Begriff „leise Diplomatie“ häufig benutzt worden sei, um die Bemühungen der südafrikanischen Regierung zu verunglimpfen, dürfe man das Thema nicht emotional diskutieren, denn auch eine „laute Diplomatie“ beispielsweise dürfte wohl kaum etwas bewirken. Andererseits frage er sich auch, „in welchem Maße Mitgliedstaaten der EU, etwa das Vereinigte Königreich, zu dem beigetragen haben, was wir heute in Simbabwe sehen...“. Nach Meinung von Herrn SITHOLE sei mit den von der EU gegen Simbabwe verhängten Sanktionen „nur sehr wenig erreicht worden“. Es gebe, kurz gesagt, im südafrikanischen Parlament einen Prozess, um Simbabwe in die Pflicht zu nehmen, „aber wir haben uns weder an die Medien noch an die Paritätische Versammlung AKP-EU gewandt, um dies bekannt zu geben“.

Zu Simbabwe merkte Herr BAPELA des Weiteren an, dass „Isolation die Dinge nur noch schlimmer machen würde“; „wir werden uns weiterhin solange dort einsetzen, bis Präsident Mugabe nachgibt und geht ... aber das wird nicht einfach sein“: Während in Bezug auf das Ziel Einigkeit herrsche, sei die Wahl der richtigen Taktik eine andere Sache. Außerdem werde Mugabe selbst niemals freiwillig seine Macht aufgeben, wenn er überzeugt davon sei, dass auf ihn dasselbe Schicksal wartet wie auf Charles Taylor, den ehemaligen Präsidenten Liberias.

Schließlich äußerte die südafrikanische Delegation noch als Reaktion auf den Vorschlag des Europäischen Parlaments, man solle verhindern, dass Simbabwe an der in Südafrika stattfindenden Weltmeisterschaft 2010 teilnehme, recht kategorisch Folgendes: Sofern Präsident Mugabe dann noch im Amt sei, bedeute ein solcher Schritt, dass man Mugabe mit Simbabwe gleichsetze - „eine Torheit, die wir nicht begehen werden“.

*

* *

**Schlusserklärung
des Interparlamentarischen Treffens
Europäisches Parlament - Südafrika
vom 19. bis 25. Februar**

Die Delegation des Parlaments der Republik Südafrika und die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Südafrika -

eingedenk der Bedeutung der bestehenden, freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und Südafrika sowie der gemeinsamen Werte dieser Länder;

unter Hinweis auf Artikel 97 Absatz 4 des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Südafrika andererseits (TDCA), in dem es heißt, dass die Vertragsparteien übereinkommen, regelmäßige Kontakte zwischen ihren Parlamenten zu den verschiedenen unter das Abkommen fallenden Bereichen der Zusammenarbeit zu fördern und zu erleichtern;

in Kenntnis der Ergebnisse des Interparlamentarischen Treffens vom 14. bis 15. Juni 2006 in Straßburg, bei dem es um darum ging, sich weiterhin für den Ausbau des parlamentarischen Dialogs zwischen beiden Partnern einzusetzen;

eingedenk der Fortschritte, die in den vergangenen Jahren bei den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Südafrika erzielt wurden, und des gegenseitigen Nutzens, den beide Partner aus dem verstärkten Austausch und der intensiveren Zusammenarbeit, unter anderem der angestrebten strategischen Partnerschaft ziehen bzw. ziehen werden -

sind wie folgt übereingekommen:

1. Es wird die Einsetzung eines Gemischten Parlamentarischen Ausschusses gefordert, um die Konsultation und Koordination in nationalen, regionalen und internationalen Angelegenheiten weiter zu verbessern.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Dimension dieser Art, die die Institutionalisierung des politischen Dialogs der beiden Parlamente ermöglicht, derzeit in dem TDCA fehlt, obwohl sie im Regelfall in den Kooperationsabkommen der EU/EG mit Drittstaaten vorgesehen ist.
3. Der Gemischte Parlamentarische Ausschuss, der zu einem späteren Zeitpunkt eine Geschäftsordnung annehmen würde, hätte im Wesentlichen folgende Aufgaben:
 - a. Schaffung eines Konsultationsforums, in dem beide Parteien zum Meinungsaustausch zusammenkommen;
 - b. Gewährleistung regelmäßiger Kontakte zwischen den Parteien im Hinblick auf die verschiedenen Bereiche der Kooperation, die Gegenstand des TDCA sind;
 - c. Gewährleistung der erforderlichen demokratischen Kontrolle der Verfahren im Kooperationsrat, der nach Artikel 97 TDCA bereits eingesetzt wurde;

- d. Erteilung von Empfehlungen an den Kooperationsrat,
- e. Unterbreitung von Vorschlägen zu spezifischen Punkten, die in die Tagesordnungen der Tagungen des Kooperationsrats aufgenommen werden sollten;
- f. Ausbau der Kommunikation, Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Austausch über nützliche Erfahrungen des jeweils anderen Partners.

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH SOUTH AFRICA

19 - 25 February

CAPE TOWN

Sunday, 18 February

Individual arrival of Members in Cape Town, and transfer to the hotel:

Vendome, 20 London Road Sea Point, Cape Town 8005

18.00 EP Secretariat meeting with the EC DEL on logistics

Monday, 19 February

13:00 Departure from Hotel Vendome to the
CT Hotel School, Beach Road, Mouille Point, Cape Town

13.15 - 15.00 Working Lunch with Civil Society on Zimbabwe [Hotel School]

Mr. Roy Bennet, Paul Themba Nyathi (Movement for Democratic Change representatives)
Mr. Brian Raftopoulos (Institute for Justice and Reconciliation)
Ms Joan Brickhil (SA Liaison Office)
Mr. Isaac Maposa (Zimbabwe Institute).

15.00 - 16.30 EC Delegation Briefing [Hotel School]
16.45 – 17.30 Meeting with civil society on Governance, Corruption issues
[Hotel School]

Institute for Security Studies, Institute for Democracy in SA
Reception hosted by the EP Delegation

19.30 - 21.00 *Mount Nelson Hotel*
76, Orange street , Cape Town 8001

Tuesday, 20 February

08.20 Leave hotel

09.00 - 10.00 Medical Research Council visit
Francie van Zijl Drive, 7500 Parrow Valley

Representing the MRC and collaborating groups : Dr Niresh Bhagwandin, Ms Elise Levendal, Dr Charles Mgone

- 10.45 - 12.00 Briefing on the Koeberg Pebble Bed Modular Reactor
Cape Town Routes Unlimited, 7th Floor, St Georges Mall
- 12:40 Arrival at the SA Parliament Precinct
Participants are invited to carry IDs
- 13.00 - 13.45 Finger lunch with Dr Rob Davies,
Deputy Minister of Trade & Industry.
120 Plein street, 4th floor , Parliament buildings
- 14.00 - 14.45 Meeting with Ms Buyelwa Patience Sonjica,
Minister for Minerals and Energy,
Room M 46, Mark Building, Parliament
- 15.00-15.30 Meeting with Mr Mosibudi Mangena,
Min. of Science and Technology
- 16.00-17.30 Meeting with EU Heads of Mission at the Consulate General of the
Federal Republic of Germany,
19th Floor, Safmarine House, 22 Riebeek Street, Cape Town
- 18.30 - 20.00 Reception hosted by the German Presidency
*The Ambassdor's Residence,
Kirstenberg 3, Glastonbury Drive, Bishopscourt.*

Wednesday, 21 February

- 08.00 Leave hotels
- Group A*
Visit to the Cape of Good Hope
- Group B*
- 08.30 – 09.30 Meeting on the SKA project (Square Kilometer Array)
Lonsdale Office Park, Lonsdale Road 1, Pinelands
- 10.00 - 11.30 International Centre for Genetic Engineering and Biotechnology
(ICGEB)
UCT Medical School, Anzio Road, Observatory
- 12.00 - 12.40 **Own expenses lunch**
The 5 flies restaurant, 14 Keerom St, tel 021-4244442
departure to SA Parliament
- 13.00 Arrival of the EP Delegation at Parliament
National Assembly
- 13.30 - 15.30 Speaker's Bay for Budget Speech
National Assembly
- 15.40 – 16.45 Reception hosted by The Treasury on the occasion of the Budget
speech
- 17.00 - 17.45 Meeting with Ms. Nozizwe Madlala-Routledge
Deputy Minister of Health
- 19.30 - 22.30 Dinner with civil society on

Transformation & Reconciliation and Land Reform in South Africa
guests:

Charles Villa-Vincezo, Institute for Justice and Reconciliation
Rogier van den Brink, World Bank, SA Office
Dr Fanie Du Toit, Institute for Justice and Reconciliation

[own expenses]

19th Floor, 1 Lower Long Street, Arabella-Sheraton Tower restaurant,

Thursday, 22 February

08:10 Leave Hotel

08.30 Arrival of EP delegation at Parliament

08.45-9.30 Meeting with M. Aziz Pahad,
Deputy Foreign Affairs Minister

09.30 – 10:00 Courtesy call on Ms Baleka Mbete,
Speaker of the National Assembly

10.00 - 11.00 Meetings with political parties : Democratic Alliance

11.00 - 11.20 Coffee break

11.20 -12.20 Meeting with the Inkatha Freedom Party

12.30 - 13.00 Meeting with the ANC

13.00 - 14.00 Working Lunch (SA Parliament dining hall)

14.00 - 15.30 First working session with the SA Parliamentary Delegation

15.30 Coffee break

15.50-17.30 Second working session with the SA Parliamentary Delegation

17.30 EP Delegation departs Parliament
Return to Hotel

18:45 *Leave Hotel*

19.30 Official dinner hosted by
House Chairperson Obed Bapela
Moyo, Stellenbosch

Friday, 23 February

08:00 *Leave Hotel*

09.30 - 11.00 Meeting with SA Parliamentary Delegation

11.00 Coffee break

11.20 - 12.30 Meeting with SA Parliamentary Delegation

12.30 - 13.30 Working Lunch

National Assembly dining hall

13.30 EP Delegation departs Parliament for Robben Island

14.00 - 18.00 visit to Robben Island (organised by SA Parliament)

free evening

Saturday, 24 February

08:45 *Leave Hotel*

09.30-12.45 Visit to EU funded Project

PDHCP: Partnership for the Delivery of Primary Health Care
*(visit to the Tehilla Community / Mimosa Village, Belhar township:
viewing at first hand the difficulties of providing comprehensive
primary health care in poor and marginalised communities)*

Midday Working lunch with Member of Executive Committee for Health for
the Western Cape province
Moyo, Stellenbosch

15.15 - 17.15 Wine route tour
Neethlingshof

Evening free

Sunday, 25 February

morning optional cultural element
visit of Greenmarket square
visit of Table Mountain

13:00 end of the official programme
15:00 - 16:30 Debriefing with EC

EUROPEAN PARLIAMENT

DELEGATION FOR RELATIONS WITH SOUTH AFRICA

9th EP / South Africa Interparliamentary Meeting 19 - 25 February 2007 CAPE TOWN

List of EP participants (11) (01/02/2007)

<u>Members (7)</u>	<u>Group</u>	<u>Country</u>
PISTELLI Lapo , Chairman • Committee on Economic and Monetary Affairs	ALDE	Italy
THOMSEN Britta , 1 st Vice-chairman • Committee on Industry, Research and Energy	PSE	Denmark
MULDER, Jan • Quaestor • Committee on Budgets	ALDE	Netherlands
GAHLER Michael • Committee on Foreign Affairs, VP	PPE-DE	Germany
BADIA i CUTCHET, Maria • Committee on Culture and Education	PSE	Spain
BRADBOURN Philip • Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs	PPE-DE	United Kingdom
VAIDERE Inese • Committee on Foreign Affairs	UEN	Latvia

Secretariat of the Delegation (2)

M.Philippe **KAMARIS**
Mme Germana **CARNAZZA**

Political groups staff (2)

PSE Evangelos **LEPOURAS**
ALDE Niccolò **RINALDI**

PPE-DE Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
PSE Group of the Party of European Socialists
ALDE Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe
UEN Union for Europe of the Nations Group